

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 13

Artikel: Schluss mit der Geschichte : ein deklariertes Zusammenbruch des bisherigen Wertsystems im sowjetischen Schulunterricht
Autor: Bruderer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094225>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein deklariertes Zusammenbruch des bisherigen Wertsystems im sowjetischen Schulunterricht

Schluss mit der Geschichte

Es ist schwer, einen Ausdruck zu finden, der dem Ausmass an Eingeständnis gerecht würde: In den sowjetischen Primar- und Mittelschulen hat man die Prüfungen in Geschichte und Gesellschaftskunde abgeschafft, weil man die Kinder nicht länger über gelogene Sachverhalte abfragen will. So ge-

waltig sind schon die greifbaren Folgen des Umdenkens, mag auch die wirtschaftsbezogene Perestrojka in ihren vielen Widersprüchen verklebt scheinen. Was weitaus am meisten zählt, das ist der Mentalitätswandel. Georg Bruderer berichtet über die neue Schulsituation.

Jahrelang haben wir über die Geschichtsfälschungen in der Sowjetunion geschrieben und über die Lügen, die im Rahmen des Geschichtsunterrichts an den Schulen den Schülern eingetrichtert werden. Genauso wie unsere Schilderungen der Verfolgungen von Andersdenkenden, der katastrophalen Misswirtschaft, der Mängel im vielgepriesenen Gesundheitswesen, der Parteizensur in der Literatur usw. wurde auch unsere Behauptung einer sowjetischen Geschichtsfälschung als «einseitige, unobjektive Schwarzmalerei» bezeichnet.

Heute wird der sowjetische Geschichtsunterricht offiziell als «Irreführung einer Generation

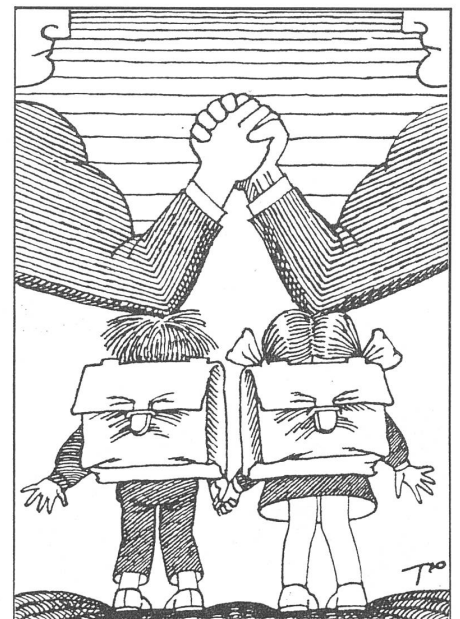
nach der anderen und Vergiftung des Geistes und der Seele durch Lügen» bezeichnet. So in einem Leitartikel der Regierungszeitung «Iswestija» (10. 6. 1988).



Obschon kein offizielles Dekret veröffentlicht wurde, berichtet die Zeitung über die diesjährige Abschaffung der Prüfungen in Geschichte und Gesellschaftskunde (Parteigeschichte und Geschichte des Sowjetstaates) an allen sowjetischen Schulen. Dies betrifft auch die Maturitätsprüfungen. Nachdem man also die Schüler jahrelang in Geschichte und Parteigeschichte unterrichtet hat, wird es jetzt im Maturitätszeugnis bei beiden diesen Fächern nur leere Zeilen geben.

«Alle, die Lehrer, die Eltern, die Schüler, können nur Erleichterung empfinden und Dankbarkeit jenen gegenüber, die den Mut hatten, diese Prüfungen abzuschaffen.» Obschon alle paar Tage die Beschlüsse der Parteiführung über politisch viel weniger wichtige Dinge veröffentlicht werden, verheimlicht man in diesem Fall aus unerklärlichen Gründen die Autorenschaft. Die Begründung der Massnahme wird hingegen offen dargelegt: «Gewaltig, unermesslich ist die Schuld jener, die viele Generationen irregeführt haben... Es ist unmöglich, heute Geschichte und Gesellschaftskunde nach den Lehrbüchern und Unterlagen zu lernen und zu unterrichten, die heute vorhanden sind.»

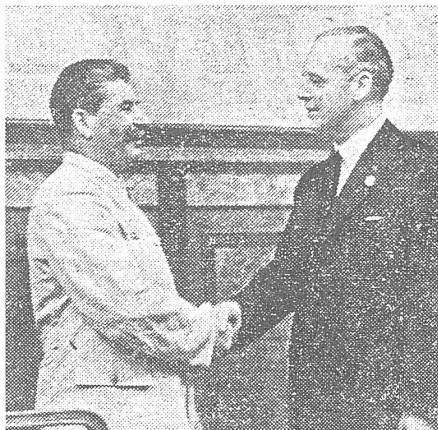
Am 1. September beginnt in der Sowjetunion das neue Schuljahr, und es ist klar, dass in zwei Monaten keine neuen Lehrbücher fertiggestellt werden können. Der Leitartikel empfiehlt deshalb als Notlösung die Verwendung von zahlreichen Zeitungsbeiträgen geschichtskritischen Inhalts in Form von Broschüren als Lehrmittelersatz.



Eine Karikatur ohne Worte aus der Moskauer Illustrierten «Ogonjok».

In dieser Nummer

- Die lange Lunte** 4
Die Lage in Transkaukasien
- Wir Verbannten** 6
Eine Zuschrift von Krimtataren
- Tschernobyl im 5. Akt** 8
Ein Gastbeitrag von Walter Bauer
- Alltag drüben** 10
Sowjetmatrosen im Ausgang
- Braucht es noch den Samisdat?** 11
Beispiele aus einer inoffiziellen Zeitung



Künftig in den Geschichtsbüchern mit der richtigen Wertung? Der Hitler-Stalin-Pakt von 1939, den man bis jetzt, soweit man ihn überhaupt nennt, als «weitsichtigen Entschluss» interpretiert.

Der Schlussteil des Leitartikels erinnert uns an andere schwierige und schmerzliche Prozesse der Vergangenheitsbewältigung: «Die Geschichtsprüfungen lassen sich abschaffen, auch wenn das schwer und schmerzlich ist. Die Geschichte selbst können wir aber nicht abschaffen. Jeder von uns ist ein Teil dieser Geschichte. Heute ernten wir die bitteren Früchte der eigenen moralischen Nachgiebigkeit; wir bezahlen dafür, dass wir erlaubt haben, uns zur stillschweigenden Förderung all jener Entwicklungen zu verführen, die uns heute erröten ma-

chen, so dass wir nicht wissen, was wir unseren Kindern antworten sollen.»

Mit der Abschaffung der Geschichtsprüfungen verhält es sich genauso wie mit anderen nicht völlig konsequenten Erscheinungen von Perestrojka und Glasnost: Die Abschlussprüfungen an den Schulen werden abgeschafft, aber die gleichen Prüfungen in Geschichte und Gesellschaftskunde bleiben als Aufnahmeprüfungen an den Hochschulen. Für die Hochschulen sind also die irreführenden und lügenhaften Darstellungen der Geschichte gut genug, falls wirklich das verlangt werden sollte – widersinnig und kontraproduktiv, aber typisch für die heutige Reformbewegung in der Sowjetunion. Entweder wurde die Reform nicht bis zur letzten Konsequenz durchdacht (wie der Antialkoholbeschluss, der zu einer gewaltigen Zunahme der Schwarzbrennerei und zu einem Zuckermangel führte, oder wie das offiziell geförderte private Kleingewerbe, das aber gleichzeitig mit übermässigen Steuern belegt und «erstickt» wird), oder dann hat eine Amtsstelle zusätzliche Hindernisse auf den Weg zur Reform gelegt.

Im Beitrag der Zeitung «Iswestija» (14. 6. 1988) über die Beibehaltung der Aufnahmeprüfungen in Geschichte und Gesellschaftskunde wird die Hoffnung ausgesprochen, dass die Kandidaten die laufenden Diskussionen und Zeitungsbeiträge verfolgen und ihre Intelligenz durch Hinweise auf die Aussagen Gorbatschows in seinen Reden beweisen können. Was doch hoffen lässt, dass die Aufnahmeprüfungen dann eben nicht im alten Stil erfolgen. *Georg Bruderer*

Unsere Meinung

Die jetzige Parteikonferenz in Moskau muss sich mit Begriffen befassen, die für das System neu sind. Dazu gehört der Begriff der Rechtsstaatlichkeit. Die Ideologie kannte ihn bisher nur als Feindbegriff, als gelogenen Anspruch der bourgeoisen Demokratie, die dergleichen tue, als gebe es ein Recht, das über den Klassen stehe.

Der Schritt von der «sozialistischen Gesetzlichkeit» (Gesetzlichkeit im Interesse des Sozialismus) zum «sozialistischen Rechtsstaat» (Rechtsstaat auch im Sozialismus) ist deshalb grösser, als man zunächst meint. Er lässt die dialektisch interpretierbare Relativierung hinter sich und nähert sich der Auffassung von einem Recht, das als solches verbindliche Geltung haben muss.

Die neue Denklage ergibt sich aus der achten ZK-These zur Konferenz:

«Der Prozess der konsequenten Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft muss die Schaffung des sozialistischen Rechtsstaates als eine Form der Organisation und Ausübung politischer Macht vollenden, die der sozialistischen Demokratie vollständig entspricht. Sein Grundzug ist die höchste Autorität und der Triumph des Gesetzes, das den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt. Die Organe des Staates und der Partei (...) müssen sich strikt an die rechtlichen Grundlagen halten.

Mit der zusätzlichen Charakterisierung unseres Staates des ganzen Volkes (*dieser Begriff ersetzt seit dem Parteikongress von 1961 den Begriff des Arbeiterstaates*) als Rechtsstaat muss ein weiteres Mal unterstrichen werden, dass nicht nur die Bürger gegenüber dem Staat Verantwortung tragen, sondern auch der Staat gegenüber den Bürgern Verantwortung trägt. Er ist verpflichtet, ständig dafür zu sorgen, dass die Garantien für Rechte und Freiheiten der sowjetischen Menschen verstärkt werden.»

Insbesondere müsse der Staat dafür sorgen, dass die verfassungsmässigen Freiheiten von den Bürgern auch materiell und rechtlich wahrgenommen werden könnten. Das zielt auf den bisherigen Zustand von verfassungsmässigen Freiheiten ohne entsprechende Möglichkeit zu ihrer faktischen oder gesetzlichen Beanspruchung, und die mitgelieferten Stichworte verdeutlichen das: Rede-, Presse-, Versammlungs- und Kundgebungsfreiheit, die Freiheit zur Durchführung von Strassenumzügen und Demonstrationen sowie Gewissensfreiheit.

Das ist eine Bekundung, die soweit den sowjetischen Rechtsstaat weder schon schafft noch garantiert. Aber weil sie sich gegen den gehaltenen gelogenen Umgang mit den Verfassungsfreiheiten wendet, drückt sie tatsächlich den Willen aus, es anders zu machen.

Christian Brügger



Wiederbelebungsversuch an einem gestürzten Denkmal. («Moscow News», Nr. 25/1988)

Und Lenin?

Das ungefähr letzte Grosstabus der Sowjetöffentlichkeit heisst Lenin, aber auszufransen beginnt es auch schon. Da wird Lenin auf eine völlig neue Art für seine Grösse gelobt: So gross war er in der Tat, dass er die von ihm begangenen schweren Fehler eingesehen und korrigiert hat. Da wackelt das Denkmal.

Zu bewundern ist die neodialektische Übung in der Mainummer der literarischen Monatszeitschrift «Nowi mir» (die jeweils in Form und Umfang einer dicken Broschüre erscheint). Autor des betreffenden Beitrages ist der Wirtschaftsjournalist Wassili Seljunin. Er wirft Lenin vor, mit seiner Politik des «Kriegskommunismus» die Hungersnot von 1920/21 verursacht und einen Präzedenzfall für Stalins spätere brutale Kollektivierungskampagne geschaffen zu haben. Indessen habe Lenin seinen Fehler selber sehr bald eingesehen und durch die Neue Ökonomische Politik (NEP) korrigiert. ■